



Gerechte Rente!

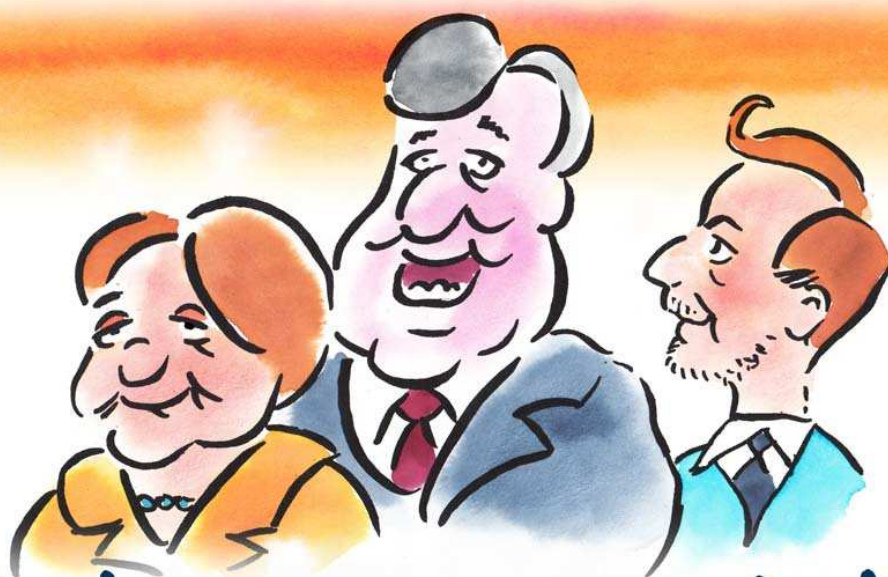
Die auskömmliche Rente ist fester Bestandteil eines gerechten Sozialstaates. Doch schon jetzt sind knapp 2,5 Millionen Menschen von Altersarmut betroffen oder bedroht. Nach geltender Gesetzeslage wird das Rentenniveau weiter sinken. Dann werden immer mehr Menschen von ihrer Rente nicht mehr leben können.

Deshalb fordern ver.di und der DGB einen Kurswechsel in der Rentenpolitik. Zentraler Baustein muss die Stabilisierung und Anhebung des Rentenniveaus sein. Um Altersarmut zu bekämpfen, ist außerdem eine Stärkung der Erwerbsminderungsrente, die rechtliche Aufwertung von Zeiten der Arbeitslosigkeit, Kindererziehung und Pflege sowie gering entlohnter Erwerbsphasen notwendig. Darüber hinaus muss die gesetzliche

Rente zur Erwerbstätigenversicherung weiterentwickelt werden.

Ein Blick auf die Wahlprogramme der Parteien zeigt die Unterschiede in deren Rentenpolitik: Die CDU sieht bis 2030 keinen Änderungsbedarf. Die FDP geht mit der Rente an die Börse. Die AfD fordert die Rente nach 45 Beitragsjahren – faktisch eine Rentenkürzung. SPD und Grüne möchten hingegen das Rentenniveau bei 48 Prozent stabilisieren und den Beitragssatz begrenzen. Altersarmut wollen sie durch eine Solidar- bzw. Garantierente bekämpfen. Eine Erhöhung des Renteneintrittsalters lehnen beide ab. Die Linke möchte das Rentenniveau sogar auf 53 Prozent anheben und eine solidarische Mindestrente von 1050 Euro einführen.

Alle reden vom Rentenniveau



Wir lassen es sinken